

Ressort: Politik

Freie Wähler: Zypern raus aus dem Euro

München, 24.03.2013, 15:41 Uhr

GDN - Der Bundesvorsitzende der Freien Wähler und Euro-Kritiker Hubert Aiwanger sieht sich angesichts der Entwicklungen in seiner Auffassung bestärkt, dass Länder wie Griechenland oder Zypern aus der Euro-Zone austreten sollten. "Der Euro muss eine Qualitätswährung werden. Das heißt: Nur die Länder, die die Kriterien erfüllen, können der Euro-Zone angehören", sagte Aiwanger der Tageszeitung "Die Welt" sowie Welt-Online.

Nur so könne man Länder wie Polen, Dänemark oder Schweden dazu bewegen, der Zone beizutreten. Das Argument, dass damit auf Deutschland hohe Kosten aus den eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zukämen, lässt Aiwanger nicht gelten. "Ich glaube, wir müssen so oder so zahlen. Die Bürgschaften stehen im Raum und müssen irgendwann beglichen werden. Man sollte deshalb den Versuch unternehmen, diese Länder mit einer eigenen Währung wieder auf die Beine zu bekommen. Dann sehen wir wenigstens einen Teil unseres Geldes wieder. Andernfalls müssen wir die volle Summe zahlen." Der Euro allein ist für den FW-Chef keine Garantie für gutes Wirtschaften. Länder wie Polen und Tschechien hätten auch ohne Euro Wirtschaftswachstum, Griechenland sei aber mit dem Euro immer tiefer abstürzt. "Und wenn man sieht, dass die Exporte in die Euro-Zone sinken, die Exporte in die Nicht-Euro-Länder aber steigen, könnte man ja fast vermuten, dass es da einen Zusammenhang gibt." Innenpolitisch sieht Aiwanger die Konkurrenz durch die neue Anti-Euro-Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) gelassen. "Neue Gruppierungen haben einen Neuigkeitswert. Das war bei den Piraten so, das ist auch bei der AfD so. Da sind teilweise Medienprofis dabei. Ich wäre zwar auch gern in einer Talkshow und finde es auch komisch, dass man eine Partei ignoriert, die immerhin mit zehn Prozent im bayerischen Landtag sitzt, sehe das aber mit einer gewissen Gelassenheit. Die Piraten haben gezeigt, wie schnell das wieder vorbei sein kann." Eine Zusammenarbeit mit der (AfD) schließt Aiwanger nicht aus, sieht aber derzeit zu große Unterschiede: "Wir sind denen zu sozial. Für unsere Sorgen um die Finanzausstattung der Kommunen haben die nur ein Lächeln übrig." Die Freien Wähler seien auch gegen eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Trinkwasser müsse in kommunaler Hand bleiben. Das interessiere die neue Partei ebenfalls nicht. "Unsere Freien Wähler brauchen aber diese Themen, und sie sind auch der Grund, warum wir in den Bundestag wollen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-10568/freie-waehler-zypern-raus-aus-dem-euro.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619